

## Die österreichischen Gewerkschaften im ersten Kriegsjahr.

### II.

In welchem Umfang der Mitgliederstand der österreichischen Gewerkschaften durch den Krieg beeinflusst wurde, haben wir bereits in unserem ersten Artikel gesehen. Nicht minder lehrreich und bedeutungsvoll gestaltete sich die Finanzgebarung. Vorweg sei nun konstatiert, daß die Befürchtungen, die zu Beginn des Krieges über die finanzielle Widerstandskraft der Gewerkschaften laut wurden, sich zum allergrößten Teil durch den Gang der Ereignisse als hinfällig erwiesen. Begreiflich waren ja schließlich diese Befürchtungen. An Erfahrungen und Beispielen stand den Gewerkschaften so gut wie nichts zu Gebote. Mit keiner anderen Voraussetzung traten sie in die Kriegsepoche ein als mit der Erwartung des vollständigen Zusammenbruchs unserer Volkswirtschaft — gehörte doch deren Voraussage für den Fall eines Krieges zur alltäglichen Predigt der volkswirtschaftlichen Propheten! — und damit auch mit dem eigenen Zusammenbruch. Wie so manche andere Voraussage hat sich jedoch auch diese als falsch erwiesen. Es hat sich gezeigt, daß unsere Volkswirtschaft — die „zum Zusammenbruch reife!“ — auch einen solchen Puff, wie der Krieg einer ist, verträgt — und mit ihr auch die Gewerkschaften. Und darum zeigt ihr finanzieller Abschluß für das erste Kriegsjahr lange nicht das befürchtete schlimme Bild, wenn er auch eine gewisse Schwächung der Finanzkraft nicht vermissen läßt.

Deutlich kommt diese Schwächung schon in den Einnahmen zum Ausdruck, die von 10,036.000 Kronen auf 8,274.000 Kronen, somit um 1,762.000 Kronen gesunken sind. Diese Mindereinnahme erklärt sich aus dem Mitgliederrückgang und wird natürlich, sobald er nach dem Kriege wieder der normalen, seit Jahren konstatierten Entwicklung gewichen sein wird, mit dieser auch gleichen Schritt halten. Sie hat, wenn wir uns die Hauptursachen des Mitgliederrückganges in Erinnerung rufen, nichts Beunruhigendes an sich, so bedauerlich auch die daraus resultierende momentane Schwächung der gewerkschaftlichen Kraft ist. Daß die Verminderung der Einnahmen lediglich nur auf die Einschränkung des Mitgliederstandes zurückzuführen ist, erweist man auch daraus,

daß die Hauptgruppen ungefähr im gleichen Ausmaß wie die Mitgliederzahlen zurückgegangen sind. So sind die Beitrittsgebühren von 91.000 Kronen im Jahre 1913 auf 61.000 Kronen im Berichtsjahr, die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen von 8,686.000 Kronen auf 6,594.000 Kronen gesunken.

Deutlicher jedoch als aus den Einnahmen kommt die Beeinflussung der Gewerkschaften durch den Krieg in der Ausgabenwirtschaft zum Ausdruck. Schon die Tatsache, daß gegenüber der Mindereinnahme von 1,762.000 Kronen sich eine Minderausgabe von nur 136.000 Kronen ergibt, die die Folge des Sinkens der Gesamtausgaben von 10,058.000 Kronen auf 9,922.000 Kronen ist, läßt erkennen, wie sehr die Erschütterung der Volkswirtschaft auf die Gewerkschaften Einbruch machte. Insbesondere die fast über Nacht gekommene Einschränkung der industriellen Produktion aus Anlaß des Kriegsbegins hat eine Steigerung der Arbeitslosigkeit in bisher noch nie zu verzeichnendem Umfang gebracht, die natürlich das Unterstützungslotto der Gewerkschaften in sehr bedeutendem Maße belasten mußte. Die Epoche der außerordentlich großen Arbeitslosigkeit hat ja nicht allzulange gedauert. Die Beunruhigung der Industrie ließ bald nach; auch die Ausgestaltung der Kriegsindustrie machte ziemlich rasche Fortschritte; dazu kam das Entstehen eines ganz neuen Industriezweiges: des der Liebesgabenherzeugung; auch der Inlandsbedarf begann in normaler Weise, wenn auch wesentlich eingeschränkt, wieder aufzuleben. Dies alles bewirkte trotz der fast völligen Stöckung des Exports, unter der insbesondere die ausgesprochenen Exportindustrien (Glas, Porzellan, einzelne Zweige der Holzbearbeitung u.) noch heute zu leiden haben, ein Nachlassen der Arbeitslosigkeit, die mit der fortschreitenden Heranziehung immer weiterer Bevölkerungsschichten stellenweise sogar einem empfindlichen Arbeitermangel wich. Trotzdem jedoch haben die ersten Monate des Krieges und die damals herrschende Arbeitslosigkeit an die Gewerkschaften so gewaltige Anforderungen gestellt, wie sie bis dahin nie zu verzeichnen gewesen waren. Schon das Jahr 1913 war infolge der nach den Balkankriegen entstandenen Wirtschaftskrise, die bereits als Vorläufer des Weltkrieges gelten durfte, ein außerordentlich ungünstiges gewesen, was eine Steigerung der Arbeitslosenunterstützung um rund 800.000 Kronen gegenüber dem Vorjahr (von 1,403.000 Kronen auf 2,204.000 Kronen) zur Folge gehabt hatte. Diese Steigerung wurde jedoch im Jahre 1914 trotz der großen Mitgliederverringerng, womit natürlich auch die Zahl der anspruchsberechtigten Arbeitslosen sank, noch überschritten. Die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung erhöhten sich nämlich auf 3,023.000 Kronen, woraus eine Steigerung von 819.000 Kronen resultierte. Wie sehr diese Steigerung die gesamte Finanzgebarung beeinflusste, ist auch daraus zu ersehen, daß von je 100 Kronen Ausgaben auf Arbeitslosenunterstützung im Jahre 1912 15 Kronen 30 Heller, im Jahre 1913 21 Kronen 93 Heller und im Jahre 1914 30 Kronen 48 Heller entfielen!

Die Kriegszeit ist wahrlich nicht die geeignetste Zeit, um sozialpolitische Forderungen zu erheben. Immerhin ist es doch nicht überflüssig, angesichts der vorstehenden Zahlen mit allem Nachdruck darauf zu verweisen, daß es auch diesmal in Oesterreich die Gewerkschaften fast allein waren, die der Arbeitslosen gedachten und ihnen über die schwerste Zeit hinweghalfen. Sehr zum Unterschied von Deutschland, wo der Krieg den Anstoß zu einer ziemlich weitgehenden Ausgestaltung der öffentlichen Arbeitslosenfürsorge gab, ist in Oesterreich so viel wie nichts geschehen. Die einzige Tat, die auf diesem Gebiet der Erwähnung wert erscheint, ist die **S i s t e r u n g** — der vom seinerzeitigen Gemeinderat der Stadt Graz beschlossenen kommunalen Arbeitslosenunterstützung durch den an Stelle des aufgelösten Gemeinderates die Gemeindeverwaltung führenden Regierungsvertreter... Es wird Sache der Vertreter des Proletariats in den diversen Körperschaften nach dem Kriege sein, an der Hand der Leistungen der Gewerkschaften auf diesem Gebiet die schon früher in Angriff genommene Aktion um die öffentliche Arbeitslosenfürsorge mit allem Nachdruck weiter zu betreiben, um so zu erwirken, daß mindestens teilweise die Kosten der Arbeitslosigkeit auch von jenen getragen werden — die sie zum größten Teil verschulden!